

Freiheit wofür?

- **Freiheit für Ministerin Bauer, den Positionen vor der Landtagswahl z.B. zur Zivilklausel (*) entgegen zu handeln?**
- **Freiheit für den KIT-Vorstand, mittels autoritärer Strukturen den Interessen von Großindustrie und Militär z.B. für Drohnenkriege dienstbar zu sein?**
- **Freiheit von öffentlicher Verantwortung, die Privatisierung mit staatlicher Unterfinanzierung, Zeitverträgen und morgen mit betriebsbedingten Kündigungen durchzusetzen?**
- **Freiheit für KIT-Vorstand und Ministerium, Forschung für Atomreaktoren der 4. Generation entgegen der Energiewende fortzusetzen?**

Wir sagen NEIN!

- **Freiheit der Beschäftigten und Studierenden, für ausschließlich friedliche Zwecke im Interesse der Allgemeinheit forschen, lehren, arbeiten und lernen zu dürfen?**

Wir sagen JA!

(*) siehe Umseite

Änderungsantrag

**der Abg. Johannes Stober u. a. SPD und
der Abg. Theresia Bauer u. a. GRÜNE**

zum Gesetzentwurf der Landesregierung

- **Gesetz zur Zusammenführung der Universität Karlsruhe und der Forschungszentrum Karlsruhe GmbH im Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Zusammenführungsgesetz)**
- **Drucksache 14/4600**

Der Landtag wolle beschließen,

in Artikel 1 des Gesetzentwurfs – Gesetz über das Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Gesetz – KITG)

§ 1 wie folgt zu ändern:

Es wird folgender Absatz 5 (neu) ergänzt:

„(5) Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben nach § 2 ausschließlich friedliche Zwecke.“

Stuttgart, 25. Juni 2009

Stober, Rivoir, Heberer, Fohler, Haller-Haid SPD
Bauer, Walter GRÜNE

Begründung: Am bisherigen Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) ist nicht-zivile Forschung bis heute ausgeschlossen. Es ist notwendig, dieses Signal und diese Einschränkung auch auf das gesamte KIT zu übertragen und den Geltungsbereich nicht wie bislang vorgesehen auf den Großforschungsbereich zu beschränken.

